



SPD Ortsverein Weisenheim am Sand

Susanne Fliescher
Vorsitzende des
SPD Ortsverein
Weisenheim am Sand

Weisenheim, den 30.11.2015

An die

Redaktion der Rheinpfalz
z. H. Frau Schindler-Nickel

per E-Mail

Sehr geehrte Frau Schindler-Nickel,

Ihre Anfrage aufgrund des offenen Briefes von Arno Krauß (Fraktionsvorsitzender FWG Fraktion Weisenheim am Sand) an SPD Vorsitzende Weisenheim/S. Frau Susanne Fliescher

Die SPD hat eine Glosse auf Ihrer Homepage mit dem Titel „Rotsöckchens Ratsbrille“. Bezugnehmend auf unsere Glosse beschuldigt Herr Kraus die SPD Weisenheim am Sand das Thema „Asylpolitik“ für politische Zwecke zu missbrauchen, dies ist eine Unterstellung. Wir weisen diesen Vorwurf entschieden zurück.

Es stimmt, dass wir einen Antrag zu Beginn der letzten Ratssitzung gestellt haben. Der Antrag sah vor, dass der Tagesordnungspunkt „Containerstandort“, der im nichtöffentlichen Teil behandelt werden sollte, bitte öffentlich behandelt wird. Dies wurde im Rat abgelehnt. Das Vorgehen ist in der Glosse auch so nachzulesen.

Die Gründe für unser Bestreben den Tagesordnungspunkt öffentlich zu behandeln haben wir mit der Stellung des Antrages geliefert. Zum einen gibt es keinen Grund das Thema nichtöffentlich zu behandeln zum anderen wollten wir mit unserem Antrag erreichen, dass die anwesenden Bürger und die Bürger, die uns in der Gemeinde auf das Thema ansprechen umfassend informiert werden können. Offenheit, Transparenz und größtmögliche Information war das Ziel unseres Antrages. Bei nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten ist eine umfassende Information, Offenheit und Transparenz an die Bürger nicht möglich, da gemäß Kommunalbrevier für jedes Ratsmitglied Schweigepflicht für Punkte aus dem nichtöffentlichen Teil besteht. Auch kursierten in der Gemeinde zu diesem Zeitpunkt bereits einige Gerüchte zum Thema Asyl. Diesen Gerüchten wollten wir mit einer offen geführten Diskussion entgegentreten.



SPD Ortsverein Weisenheim am Sand

Susanne Fliescher
Vorsitzende des
SPD Ortsverein
Weisenheim am Sand

Der Einladung konnten wir entnehmen, dass der Tagesordnungspunkt nichtöffentlich behandelt werden soll. Die Tischvorlage zu dem Punkt erhielten wir erst nach Aufforderung, so dass eine Beratung der Fraktion nur kurzfristig erfolgen konnte. Die Kommunalordnung sieht vor, dass solche Anträge jederzeit, also auch zu Beginn einer Sitzung, gestellt werden können. Worin liegt das Problem, weshalb konnte unserem Antrag nicht entsprochen werden? Was ist gegen den Wunsch nach Transparenz, Offenheit und Information einzuwenden?

Die Diskussionen aus der nichtöffentlichen Ratssitzung zum Thema „Containerstandort“ dürfen nicht öffentlich gemacht werden. Werten sie die nachfolgenden Punkte bitte nicht als Mitteilungen aus dem nichtöffentlichen Teil. Die nachfolgend aufgeführten Argumente stellen eine Sichtweise dar:

Gegen den beschlossenen Standort „Riedweg“ spricht:

- erschwerte Integration der Asylbewerber durch abgeschiedene Lage
- die Lage in Waldnähe wird problematisch bewertet, aufgrund der schlechten Einsehbarkeit des Gebietes, dadurch erhöhtes Gefahrenpotential
- Sicherheitsbedenken, durch die Abgeschlossenheit in Bezug auf mögliche Übergriffe durch rechtsradikale, dadurch auch ein erhöhtes Gefahrenpotential für unsere Bürger
- Gebiet wird gerne für Feste genutzt; dadurch könnten erhöhte Gefahren von alkoholisierten Besuchern ausgehen
- Gebiet ist ein Naherholungsgebiet, welches intensiv von der Bevölkerung genutzt wird. Die Ängste und Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden, es werden Beeinträchtigungen befürchtet, es entstehen evtl. Ängste und dadurch wird eine Beeinträchtigung der Wohnqualität der Bürger befürchtet; die Sorgen, Belastungen und Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen und möglichst gering gehalten werden, um eine hohe Akzeptanz für Asylbewerber zu erreichen.
- Im Vorfeld wurde der Standort „ Riedweg“ nicht rechtzeitig und nicht ausreichend vorbehandelt.



SPD Ortsverein Weisenheim am Sand

Susanne Flescher
Vorsitzende des
SPD Ortsverein
Weisenheim am Sand

Zu dem Punkt Veröffentlichung von Abstimmungsergebnissen aus nichtöffentlichen Sitzungen gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen, da auch bei Nichtnamensnennung aufgrund von Abstimmungsergebnissen auf das Abstimmungsverhalten Rückschlüsse gezogen werden können. Wir weisen die Aussage von Herrn Kraus daher zurück.

Bereits am Samstag vor 08:00 Uhr haben wir uns mit der Rheinpfalz in Verbindung gesetzt und mitgeteilt, dass das veröffentlichte Abstimmungsergebnis fehlerhaft ist. Das am Montag als Korrektur veröffentlichte Abstimmungsergebnis, übermittelt von der FWG, war auch fehlerhaft und spiegelt nicht das Abstimmungsergebnis im Rat wieder auch dies wurde unsererseits mitgeteilt.

Natürlich ist das Thema Verkehr jetzt sehr aktuell, seit sich eine Bürgerinitiative in Weisenheim gegründet hat. Jetzt aber zu behaupten, dass die CDU und die FWG sich dieses Themas angenommen haben und die SPD erst später dazu kamen entbehrt jeder Grundlage. In den 80er Jahren (an die FWG hat man zu dieser Zeit noch gar nicht gedacht) gab es bereits eine Initiative für eine Umgehungsstraße, welche durch eine Unterschriftenaktion u.a. initiiert von der Bauern- und Winzerschaft, Obst- und Garbenbau... zu einer Ablehnung geführt hat. Die SPD Fraktion greift seit den 80er Jahren dieses Thema immer wieder auf und versucht darauf hinzuwirken, dass ein Umdenken im Rat stattfindet und eine Ortsumgehung und eine Verbesserung der Verkehrssituation erreicht wird. Ende 2001 fand im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Mainz im Beisein Anderer z. B. den Straßenverkehrsämtern Worms und Speyer eine Besprechung zu dem Thema Ortsumgehung statt. Die Notwendigkeit einer solchen Umgehungsstraße als Landesstraße wurde von den Vertretern des Landes nicht in Abrede gestellt. Es wurde diverse Punkte für die weitere Vorgehensweise zwischen den Beteiligten abgestimmt. Auch hier ging es bisher nicht weiter.

Seit ca 12 Jahren hat die CDU, die FWG und die FDP eine Zusammenarbeit (um das Wort Koalition nicht zu verwenden). Was ist in dieser Zeit hinsichtlich einer Umgehungsstraße weiter passiert? Bisher gab es noch keinen entsprechenden Vorstoß, um eine Umgehungsstraße überhaupt auf den Weg zu bringen. Im Gegenteil wir, die Bürger hören immer wieder Argumente wie „Mit mir wird es keine Umgehungsstraße geben“; Vogelschutz.....



SPD Ortsverein Weisenheim am Sand

Susanne Fliescher
Vorsitzende des
SPD Ortsverein
Weisenheim am Sand

Die Textpassage zur Blockadehaltung ist befremdlich. Die SPD Fraktion hat sich in der Vergangenheit immer wieder konstruktiv in die Gemeindepolitik eingebracht, konnte sich jedoch nicht in allen Punkten durchsetzen. Die SPD Fraktion ist nicht immer einer Meinung mit der großen Koalition aus FWG, CDU und FDP. Dies als Blockadehaltung zu bewerten ist mir unverständlich. Wir leben in einer Demokratie, in der auch die Argumente der Opposition Beachtung finden sollten und nicht einfach mit dem Argument „Blockadehaltung“ weggewischt werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Fliescher

Vorsitzende der SPD Weisenheim am Sand und der SPD Fraktion im OG Rat